

**Antrag 107/I/2024****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge beschließen:****“Der Tag danach” ist jetzt: für eine menschenrechtsbasierte Rolle der Bundesregierung im Nahost-Konflikt**

- 1 **Die SPD Bundestagsfraktion möge beschließen:**
- 2
- 3 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-
- 4 desregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,
- 5 sich für folgende Punkte einzusetzen:
- 6 1. Die Bundesregierung soll sowohl die Hamas als
- 7 auch die israelische Regierung zu einer sofortigen
- 8 Einstellung der Kampfhandlungen in Gaza und der
- 9 Raketenabschüsse von Gaza auf Israel auffordern.
- 10 2. Die Bundesregierung muss die israelische Regie-
- 11 rung dazu auffordern, gemäß der am 26. Januar
- 12 und am 28. März durch den Internationalen Ge-
- 13 richtshof erlassenen einstweiligen Maßnahmen so-
- 14 fort alle technisch möglichen Maßnahmen zur Her-
- 15 stellung einer ausreichenden humanitären Versor-
- 16 gung Gazas zu unternehmen: die Ermöglichung
- 17 einer vollständigen Instandsetzung und Betriebs-
- 18 aufnahme von Krankenhäusern, Einfuhrerlaubnis
- 19 alles notwendigen medizinischen Geräts, die Öff-
- 20 nung aller verfügbaren Grenzübergänge (einschl.
- 21 Häfen) für humanitäre Lieferungen - auch aus Isra-
- 22 el selbst -, eine massive Beschleunigung der zeitrau-
- 23 benden Inspektionen, die multilaterale Erarbeitung
- 24 und Implementierung eines umfassenden Shelter-
- 25 Konzepts und die vollumfassende Visaausstellung
- 26 für humanitäres Personal der VN. Ein besonderes
- 27 Augenmerk sollte auf die angemessene Versorgung
- 28 von Frauen und Kindern in Gaza gelegt werden, die
- 29 inmitten der humanitären Katastrophe besonders
- 30 vulnerabel sind. Dies umfasst u.a. die ausreichende
- 31 Versorgung von Schwangeren und gebärenden Per-
- 32 sonen. Sollte die israelische Regierung dieser Auf-
- 33 forderung nicht nachkommen, soll die Bundesregie-
- 34 rung Konsequenzen für ihre politische und mate-
- 35 rielle Unterstützung der israelischen Regierung be-
- 36 schließen.
- 37 3. Vor der Vereinbarung und Implementierung eines
- 38 dauerhaften Waffenstillstandes sind Rüstungsex-
- 39 porte an Israel zu suspendieren.
- 40 4. Die Bundesregierung soll sich nachdrücklich dafür
- 41 einsetzen, dass dem Internationalen Komitee des
- 42 Roten Kreuz (IKRK) vollumfänglicher Zugang zu al-
- 43 len Geiseln der Hamas verschafft wird. Die sofortige
- 44 Freilassung aller Geiseln muss weiterhin durch die
- 45 Bundesregierung gefordert werden.
- 46 5. Die Bundesregierung soll sich nachdrücklich öffent-

- 47 lich dafür einsetzen, dass dem IKRK und weiteren  
48 entsprechenden (juristischen) Vertreter\*innen voll-  
49 umfänglicher Zugang zu palästinensischen Inhaf-  
50 tierten gewährt wird, sowie, dass deren Grundrech-  
51 te gewahrt werden.
- 52 6. Die Bundesregierung soll vor dem IStGH einwirken,  
53 dass das Gericht und die internationale Gemein-  
54 schaft laufende Untersuchungen zu Verbrechen bei-  
55 der Konfliktparteien priorisieren. Hierfür müssen  
56 zeitnah ausreichend Mittel bereitgestellt und un-  
57 bedingte Kooperation seitens der Palästinensischen  
58 Autonomiebehörde sowie der israelischen Regie-  
59 rung eingefordert werden, um zügige und effekti-  
60 ve Ermittlungen zu ermöglichen. Aus einer feminis-  
61 tischen Perspektive ist hier insbesondere die um-  
62 fassende Aufklärung und Aufarbeitung berichteter  
63 Fälle von sexualisierter Gewalt unabdinglich - allen  
64 voran der Verbrechen der Hamas, allerdings auch  
65 der Verdachtsfälle sexualisierter Gewalt an palästi-  
66 nensischen Frauen, Jungen und Männern durch Mit-  
67 glieder der IDF. Beides braucht ein hohes Maß an  
68 Sensibilität und Erfahrung. Aus diesem Grund soll-  
69 te sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass  
70 die VN gemeinsam mit Israel ein Ermittler\*innen-  
71 team zusammenstellt, welches bereits Erfahrungen  
72 mit der Aufklärung von Sexualstraftaten in bewaff-  
73 neten Konflikten hat.
- 74 7. Für die Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung soll  
75 die Bundesregierung eine proaktivere und nach-  
76 drücklichere Rolle als bisher einnehmen. Deshalb  
77 sollte sie den Vorschlag von Prof. Meron Mendel  
78 einer durch die Bundesregierung (co-)organisierten  
79 Konferenz mit allen relevanten Akteuren, einschl.  
80 zivilgesellschaftlicher Vertreter\*innen, zur Errei-  
81 chung einer Zwei-Staaten-Lösung ohne Hamas-  
82 Beteiligung zeitnah aufgreifen.
- 83 8. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung im Verbund  
84 mit gleichgesinnten EU-Mitgliedsstaaten positive  
85 (für die palästinensische Seite, im Sinne einer De-  
86 mokratisierung, Deradikalisierung und Liberalisie-  
87 rung des politischen Systems) sowie negative (für  
88 die israelische Seite, im Sinne einer anhaltenden  
89 Verweigerung einer politischen Resolution des Kon-  
90 flikts) definieren, die eine bilaterale Anerkennung  
91 eines palästinensischen Staates perspektivisch er-  
92 lauben würden.
- 93 9. Die Bundesregierung soll sich außerdem an der Or-  
94 ganisation einer "Gaza Recovery Conference" mit al-  
95 len relevanten Akteuren beteiligen, welche sich an  
96 der bereits ins Leben gerufenen Initiative für die  
97 Ukraine orientiert. Für eine funktionierende palä-  
98 stinensische Zivilverwaltung und die Schaffung einer  
99 demokratischen, liberalen palästinensischen Gesell-

100 schaft fernab von Trauma und Gewalt wird es ent-  
101 schlossenere internationale Unterstützung als bis-  
102 lang benötigen. Deutschland sollte sich hier in Form  
103 eines "Marshall-Plans" engagieren, welcher neben  
104 finanzieller Unterstützung vor Ort auch im großen  
105 Stil Stipendien, Austauschprogramme und Projekte  
106 zur Völkerverständigung für die Menschen in Gaza  
107 und im Westjordanland bereitstellt.

108 10. Die Bundesregierung soll eine unabhängige und  
109 transparente Evaluierung des deutschen Handelns  
110 und der Fremdwahrnehmung Deutschlands im glo-  
111 balen Süden durchführen, insb. in der MENA-Region.  
112 Um langfristig als glaubwürdiger, wertegeleiteter  
113 Partner angesehen zu werden, wird es neben Bemü-  
114 hungen der strategischen Kommunikation ein um-  
115 fassendes Engagement mit der dortigen Zivilgesell-  
116 schaft benötigen. Diese sollte in Anlehnung an die  
117 Leitlinien Feministische Außenpolitik und die Stra-  
118 tegie für Feministische Entwicklungszusammenar-  
119 beite erfolgen, und von einer weiteren Mittelstrei-  
120 chung für feministische Organisationen absehen,  
121 welche sich vor Ort für Demokratie und Menschen-  
122 rechte einsetzen.

123